

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde

betreffend Forschungsförderung an den Universitäten

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (1074 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Forschungs- und Technologieförderungsgesetz geändert wird

Am 8.11.2005 kündigten Bundeskanzler Schüssel, Vizekanzler Gorbach und Wissenschaftsministerin Gehrler die sogenannte „Uni-Milliarde“ an. Diese wurde von Ministerin Gehrler als zusätzliche Investition in die Forschung verkauft: "Die Universitäten erhalten damit jene Mittel, die sie brauchen und die es ihnen ermöglichen, Lehre und Forschung auf internationalem Niveau umzusetzen [...] Mehr Finanzmittel für die Universitäten und die Forschung sind wesentliche Elemente im Gesamtkonzept der Bundesregierung. Damit ist Österreich ein führendes Forschungs- und Bildungsland in Europa."

Tatsache ist jedoch, dass die Universitäten bislang keinen einzigen Euro mehr für die Forschung erhalten haben. Und auch mit den angekündigten Mitteln wird kein zusätzliches Geld in die universitäre Forschung gepumpt. Denn die Rektorenkonferenz hat bereits seit dem Budgetjahr 2004 einen laufenden jährlichen Fehlbetrag von mindestens 170 Mio. Euro errechnet, um den universitären Betrieb uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Auch der Rechnungshof stellt in seinem Oktoberbericht fest, dass die Ausgliederung zu „erheblichen Mehrkosten“ (S. 59) geführt hat, die selbstverständlich aus dem universitären Globalbudget bedeckt werden müssen. Bei der angespannten Budgetlage der Universitäten schmerzt das natürlich umso mehr.

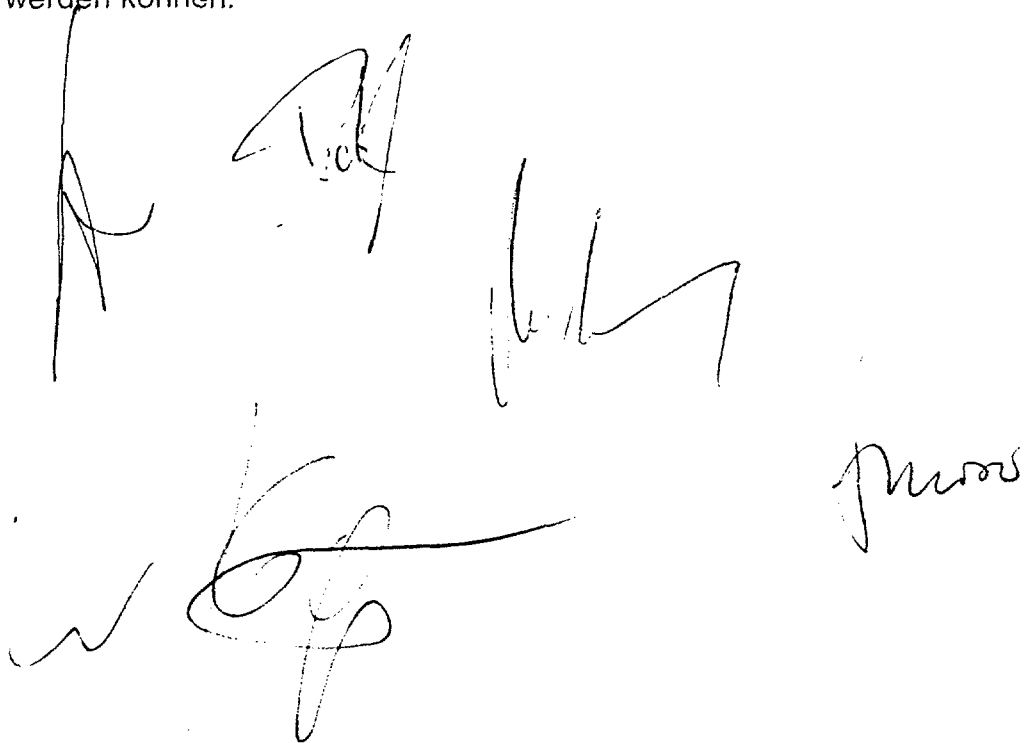
Faktum ist, dass – nach Angaben aus dem Wissenschaftsministerium (OTS vom 21.12.04) – das Uni-Globalbudget im Jahr 2004 gerade noch 0,79 Prozent am BIP ausmachte. 2006 wird es – wie dem Bundesvoranschlag zu entnehmen ist – auf 0,73 Prozent absinken. Auf Basis der BIP-Prognose des WIFO lässt sich berechnen, dass das Budget mit den Mittel aus der Universitätsmilliarde bis 2009 auf etwa 0,74 Prozent am BIP belaufen wird. Wo sind da die zusätzlichen Forschungsmittel?

Zwei Legislaturperioden hatte die schwarz-blau-orange Bundesregierung Zeit, um den seit dem Jahr 2000 unter ständiger Budgetnot leidenden Universitäten ein auch international vergleichbares Uni-Budget zur Verfügung zu stellen. Bis zum bereits beschlossenen Budget für 2006 ist das nicht geschehen. Die prekäre Finanznot der Universitäten bedarf einer sofortigen Lösung! Mit den nun versprochenen Geldern liegt das Uni-Budget mit 2,108 Mio. Euro im Jahr 2009 allerdings immer noch unter dem Niveau des Jahres 1995!

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die universitäre Forschung durch eine vorzeitige Ausschüttung der für 2007 angekündigten Mittel zu stärken. Ziel ist es, die für 2007 bis 2009 von der Regierung angekündigte Globalbudgeterhöhung (2007: 150 Mio. €, 2008: 175 Mio. €, 2009: 200 Mio. €) um ein Jahr vorzuziehen, d.h. bereits für die Budgetjahre 2006 bis 2008 festzuschreiben. Außerdem sollen die von den Unis benötigten 600 Mio. Euro für die Gebäudesanierung umgehend zur Verfügung gestellt werden, damit alle arbeitsrechtlich problematischen Sicherheitsmängel an der universitären Bausubstanz so schnell wie möglich behoben werden können.“

The image shows several handwritten signatures and initials in black ink. There are four distinct signatures: one on the left, one in the center, one on the right, and one larger signature at the bottom center. The signatures are stylized and cursive.

Österreichs Hochschulbudget stagniert seit dem Jahr 2000

Das Hochschulbudget stagniert seit Antritt der Bundesregierung bei etwa 1 % am BIP. Wie der gerade präsentierte Universitätsbericht 2005 (Tab. 2.2, S. 39) belegt, ist es der Bundesregierung nicht gelungen, das Niveau von 1995 zu erreichen. Damals betrug das Hochschulbudget 1,22 % am BIP. Die Bundesregierung schaffte es in zwei Legislaturperioden nicht, das Hochschulbudget entgegen vollmundiger Ankündigungen – Stichwort: Weltklasse-Uni – auf ein international angemessenes Niveau anzuheben. Während das Hochschulbudget im OECD-Schnitt über 1,7 % am BIP liegt, müssen die österreichischen Hochschulen mit gerade einmal 1 % am BIP auskommen.

Wie BildungsökonomInnen von IFF und Wifo bestätigen, ist das Hochschulbudget in Prozent am BIP der wichtigste Indikator zur Messung der Hochschulausgaben eines Landes. An der im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Position Österreichs betreffend Universitätsbudget wird auch die von Kanzler Schüssel und Ministerin Gehrler präsentierte sogenannte Universitätsmilliarde nichts Substantielles ändern: Die für 2007 bis 2009 in Aussicht gestellte Budgetsteigerung lindert gerade einmal die ärgste Budgetnot. Bundeskanzler Schüssel liegt also falsch, wenn er von einem „kleinen österreichischen Wunder“ spricht: In Wahrheit ist das hochschulpolitische „Budgetwunder“ nichts, was über das Notwendige hinaus geht, von der angestrebten Weltklasse ganz zu schweigen.

Mittel für Gebäudesanierungen decken gerade einmal 20 Prozent des Bedarfs!

Zusätzlich zu dem jährlichen Fehlbedarf bei den laufenden Kosten werden von der Rektorenkonferenz seit Jahren mindestens 600 Mio. Euro für die vordringlichst notwendigen Gebäudesanierungen veranschlagt. In der Pressestunde am 2.10.2005 sagte Rektorenruf Badelt, dass sich zusätzlich zu diesem „Nachholprogramm“ noch die Frage stelle, was man tun müsse, um europareif oder "Weltklasse" zu werden. Dazu nötig sei unter anderem ein Vergleich mit der Ausstattung international erfolgreicher Universitäten. Um soweit zu kommen, bedürfe es weit mehr als 600 Mio. Euro.

Nicht genug damit, dass die Regierung nun statt der benötigten 600 Mio. lediglich 500 Mio. Euro zur Verfügung stellt: Mit den versprochenen Mitteln lassen sich gerade einmal die 23 dringlichsten Projekte abwickeln bzw. lediglich 20% der sanierungsbedürftigen Gebäude restaurieren. Die restlichen 80% der sanierungsbedürftigen Bausubstanz sind teilweise in arbeitsrechtlich äußerst problematischem Zustand. Dafür gibt es kein Geld! Studierenden und Uni-Angehörigen wird zugemutet, unter diesen prekären Bedingungen weiterzuarbeiten. Das ist ein Skandal sondergleichen!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden